

Öffentlich-private Partnerschaften nicht länger zulassen!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

- 1. Die Jusos Region Hannover lehnen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP, auch Public-Private Partnerships genannt, dann also PPP) ab.**
- 2. Sie fordern die SPD Region Hannover dazu auf, künftig keine solchen Partnerschaften mehr zuzulassen, sondern durchzusetzen, dass sich die Region Hannover, die Stadt Hannover, sowie die einzelnen Städte und Gemeinden, in denen sie an der Regierung beteiligt ist, selbst als Kommunen um die zu bewerkstellenden Projekte kümmern müssen.**
- 3. Die auslaufenden Verträge öffentlich-privater Partnerschaften dürfen nicht erneuert werden.**

Begründung:

Das Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft ist ein von den Kommunen oft wegen angeblicher haushaltspolitischer Vorteile gewähltes Modell der Durchführung von kommunalen Aufgaben. Das betrifft verschiedene Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z.B. Sanierungen an Gebäuden etc. Um ein Beispiel aus Hannover zu bringen: Die Landeshauptstadt Hannover hat erst 2009 ein ÖPP-Projekt für die Sanierung der IGS Stöcken angestrebt¹.

Dabei wird die politische Handlungsfähigkeit der Kommune deutlich eingeschränkt. In der Regel erfolgt eine Ausschreibung für ein solches ÖPP-Projekt durch die Kommune, die mit einem Vertrag zwischen der Kommune und einem Privaten abgeschlossen wird (darum öffentlich-private Partnerschaft). Es wird also die Planung und Durchführung einer solchen Aufgabe an einen Privaten abgegeben, damit dieser das Vorhaben für die Kommune organisiert. Die fehlende Handlungsfähigkeit ist schon allein dadurch offensichtlich. Häufig werden zum Beispiel durch diese Privaten **nicht mehr die vor Ort ansässigen Unternehmen oder Dienstleister** beauftragt, die die

¹ <http://www.competitionline.de/wettbewerbe/28638/true>

Kommune vorher selbst immer beauftragt hatte, sondern der Private schaut sich nach anderen Möglichkeiten um, die aus seiner Sicht wirtschaftlicher sind. Dementsprechend gehen solche Privaten oft mit sehr niedrigen Finanzierungskosten in die Verhandlungen, die sich hinterher doch aus verschiedenen Gründen als sehr viel höher erweisen (Risikokosten, angeblich nicht vorhersehbare Kosten bei der Projektdurchführung etc.). Bezahlen tun dieses gescheiterte Modell am Ende wieder einmal die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und die Kommunen ruinieren nachhaltig ihre eigenen Haushalte, zumal die entstehenden Kosten durch die oft sehr hohen Standards in den Verträgen auch weiterhin finanziert werden müssen. Das hätte in Hannover dazu geführt, dass „ab 2008 fast alle Mittel der Gebäudeinstandhaltung und -sanierung nur noch in die ÖPP-Immobilien, die einen Bruchteil des Gebäudebestands der Stadt ausmachen, geflossen“² wären. Um dieses anhand des oben erwähnten Beispiels der IGS Stöcken auch praktisch zu belegen, sei hier ein Satz aus der Ausschreibung zitiert: „Die vertragliche Nutzungsdauer beträgt 20 Jahre nach Fertigstellung und Abnahme der Bauleistungen. Die Finanzierung umfasst die Bauzwischenfinanzierung und die Endfinanzierung über 20 Jahre ab Abnahme der Bauleistungen. Die Maßnahme soll im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft(ÖPP/PPP) schlüsselfertig durchgeführt werden.“³ Eine Laufzeit von 20 Jahren bedeutet immense finanzielle Risiken für die Kommune, weil man nie weiß, welche Sanierungskosten in der Zeit noch anfallen werden, abgesehen davon, dass sie 20 Jahre lang (4 komplette Legislaturperioden!!!) keine direkte Einflussnahme auf die tatsächlichen Sanierungsarbeiten haben wird. Das ist eine Katastrophe, die so nicht hingenommen werden kann.

Wir fordern als SPD immer wieder eine Rückkehr des Primats der Politik. Das sollten wir auch kommunal beherzigen und mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir uns als Kommunen selbst um die Projekte kümmern, anstatt sie an Dritte auszulagern.

² <http://www.demo-online.de/content/%C3%B6ppppp-im-praxistest>

³ <http://www.competitionline.de/wettbewerbe/28638/true>